

Sozial + ökologisch

Wahlprogramm zur
Kommunalwahl 2019 in Halle

Präambel

Liebe Hallenser*innen,

am 26. Mai 2019 wird der halleische Stadtrat neu gewählt. Es geht um die Frage, wie die Weichen für die Zukunft der Stadt gestellt werden: Welches soziale und kulturelle Profil wollen wir gemeinsam für sie entwickeln? Wofür gibt die Stadt ihr zu gering bemessenes Geld aus? Wie wird der Verkehr organisiert und wie geht es bei Wirtschaftsförderung und Kulturangeboten weiter? Wie werden Senior*innen, Schulkinder und Sportler*innen unterstützt? Dies sind nur einige Fragen und Herausforderungen, denen sich die Stadt stellen muss.

Halle hat sich entwickelt und viele positive Veränderungen erlebt. Es wurde vieles neu gebaut und neue Gewerbeflächen wurden erschlossen. Vor allem auf Initiative der LINKEN wurde der Halle-Pass eingeführt und weiterentwickelt. Kunst- und Kultureinrichtungen, Soziokulturelle Zentren und Jugendklubs konnten erhalten, gestärkt und deren finanzielle Unterstützung ausgebaut werden. Viele Kindertagesstätten, Schulen und andere Bildungseinrichtungen wurden saniert. Darauf können wir – gemeinsam mit den vielen Hallenser*innen, die uns in unserer Arbeit unterstützen – stolz sein. Trotzdem gibt es noch viel zu tun, um die Lebensbedingungen in der Stadt weiter zu verbessern.

Unser Leitbild ist eine soziale, grüne und auf eine nachhaltige Zukunft ausgerichtete Stadt, die ein gutes Miteinander aller hier lebenden Menschen ermöglicht, unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion, Herkunft oder sexueller Orientierung. Nicht nur die Innenstadt sondern alle Stadtgebiete sollen gleichermaßen entwickelt werden. Das setzen wir als unseren Schwerpunkt.

Wenn wir Halle auf die Zukunft vorbereiten wollen, müssen wir uns stärker der öffentlichen Daseinsvorsorge zuwenden. Öffentliche Daseinsvorsorge kann kommunal nur gestaltet werden, wenn öffentliches Eigentum wie die Stadtwerke und die städtischen Wohnungsgesellschaften zur Verfügung stehen und deren finanzielle Basis gesichert ist. Wir wollen verhindern, dass diese durch anhaltende Gewinnabführungen in den städtischen Haushalt weiter »ausbluten«. Wir wollen den Nahverkehr stärker fördern und den Rad- mit dem Fußverkehr verknüpfen. Wir wollen, dass die Mittagsversorgung in Kindertagesstätten und Schulen künftig kostenlos für alle Kinder ist. Wir wollen eine Wirtschaftsförderung, die nicht länger auf Niedriglohn setzt, sondern ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen unter die Arme greift. Wir wollen regionale wirtschaftliche Integration, die Kreativwirtschaft stärken und

vor allem gut bezahlte Arbeit in Halle ansiedeln. Die Logistikbranche betrachten wir als nicht nachhaltig, weil sie zum Drehkreuz zunehmenden globalen Warenverkehrs wird, die Umwelt belastet und wenig zu regionalen Wirtschaftskreisläufen beiträgt. Gleichwohl hat die Logistikbranche in unserer Stadt eine enorme Entwicklung genommen, die wir nicht ignorieren können. Halle hat aber gute Voraussetzungen, vielmehr eine Stadt der Innovation, moderner Technologien und Wissenschaften zu werden.

Wir wollen unsere Stadt gemeinsam mit den Menschen entwickeln. Deshalb wollen wir vor jeder Ja-Nein-Entscheidung zu großen, konkreten Maßnahmen der Stadtentwicklung und deren grundsätzlichen Fragen öffentliche Diskussionen organisieren: Wie wollen wir in 10, 20 oder 30 Jahren leben? Was bedeutet für uns Lebensqualität? Wie können wir unsere Ziele sozial ausgeglichen, schnell, kostengünstig, umweltfreundlich, sicher und bequem erreichen?

Kurz: Direkte Demokratie, sozialer Ausgleich, umweltschonende Wirtschaftspolitik und Stadtgestaltung, Solidarität und Weltoffenheit sind Markenzeichen und tägliche Aufgabe linker Politik.

Liebe Hallenser*innen,

mit Ihrer Wahlentscheidung am 26. Mai bestimmen Sie mit, wie sich Halle weiterentwickelt. Sie bestimmen mit, ob wir Solidarität und sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt stärken, gute Bildung für alle ermöglichen können, Ihre politischen Teilhabemöglichkeiten ausbauen, auf mehr Rad- und Öffentlichen Personennahverkehr setzen, Halle auch weiterhin Kulturstadt bleibt und welche Arbeitsplätze wir fördern und entwickeln wollen.

Setzen Sie sich mit unseren Ansätzen und Vorschlägen auseinander und mit uns in Verbindung. Lassen Sie uns gemeinsam streiten für ein soziales, zukunftsorientiertes und weltoffenes Halle.

I. Zusammenhalt und Teilhabe

Halle – Stadt des sozialen Ausgleichs

Sozialer Zusammenhalt kommt allen zugute. Wir sehen es als Aufgabe linker Politik, gesellschaftlichen Ausgleich auch gesetzlich zu sichern und ihn nicht dem Wohlwollen und der Finanzkraft privater Wohltätigkeit zu überlassen. Der Bund und das Land wälzen systematisch finanzielle Lasten im Bereich der Sozialpolitik auf die Städte und Gemeinden ab. Auch Halle kann diese nicht vollständig ausgleichen. Gleichwohl will DIE LINKE soziale Härten mildern und abwenden. Dazu gehört es, politische Alternativen aufzuzeigen und sich gegen weiteren Sozialabbau zu wehren. Dies ist Maßstab linker Politik – in der Kommune und im Land.

Mit großer Sorge sehen wir, dass viele Kinder in Verhältnissen aufwachsen, die von Problemen, Entbehrungen und Belastungen ihrer Eltern deutlich geprägt sind. Jedes dritte Kind in Halle lebt in einer Bedarfsgemeinschaft und damit in Armut oder ist von Armut bedroht. Wir wissen, dass viele Menschen aufgrund ihrer sozialen Situation und Langzeitarbeitslosigkeit seit Jahren an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Andere kämpfen in prekären Beschäftigungen zu Niedriglöhnen mit den Folgen der neoliberalen Politik. Altersarmut

durch dauerhaft niedrige Einkommen oder unterbrochene Erwerbsbiografien und entsprechend geringer Rentenansprüche nimmt auch in unserer Stadt deutlich zu.

Potentiale liegen brach, weil Barrieren beim Zugang zu Arbeit, Bildung, Wissenschaft und Kultur vor allem junge Menschen daran hindern, ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen und ihre Fähigkeiten und Kreativität zu entfalten – für ihre persönliche Zukunft und damit auch für unsere Stadt. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden, hierfür kämpft DIE LINKE auf allen politischen Ebenen.

DIE LINKE will eine Stadt für alle Menschen. Niemand darf zurückgelassen, kein Stadtteil abgehängt werden. Wir knüpfen dabei an den realen Lebensbedingungen der Menschen an, ohne auf haltlose Versprechen zu setzen.

Das heißt für DIE LINKE:

- den Halle-Pass mit seinen Leistungen zu erhalten und ihn als diskriminierungsfreien Zugang zu sozialen und kulturellen Leistungen in unserer Stadt weiterzuentwickeln sowie ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr einzuführen
- uns in allen Sozialräumen für ausreichend Beratungs-, Hilfs- und Präventionsangebote für Familien,

Senior*innen, Kinder und Jugendliche einzusetzen und dabei niedrigschwellige Beratung mit barrierefreiem Zugang anzubieten

■ die europäische Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern – einschließlich des Aktionsplanes – auf lokaler Ebene umzusetzen. Das bedeutet, Fördermittel für Gleichstellungsprojekte gleichberechtigt zu vergeben und die Beratungsstellen für geschlechtlich – sexuelle Vielfalt sowie sexuelle Gesundheit zu erhalten

■ Beratungs- und Unterstützungsangebote für intergeschlechtliche, transgeschlechtliche und nicht-binäre Menschen sowie deren Eltern verstärkt zu fördern

■ das Frauenschutzhaus zu erhalten

■ sich dafür einzusetzen, dass die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen umgesetzt wird. Teilhabe darf nicht an finanziellen Erwägungen scheitern

■ Betreuungsformen und Projekte, die hilfsbedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben ermöglichen, zu unterstützen und zu fördern

■ Konzepte zur Integration und Gleichstellung behinderter Menschen in der Kommune fortzuschreiben

■ sich dafür einzusetzen, dass die Kompetenzen der hauptamtlichen Gleichstellungs-, Behinderten-, Integrations-, Senioren-, Kinder-

und Jugendbeauftragten gestärkt werden

■ die Arbeit des Jobcenters kritisch zu begleiten, insbesondere die Ansprüche der Betroffenen zu verbessern, soziale Ausgrenzung und Schikanen gegen sie zu vermeiden und individuelle oder gemeinsame Widerständigkeit zu unterstützen

■ dass es in allen Sozialräumen der Stadt Möglichkeiten der medizinischen Grundsicherung gibt

■ mehr Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass Beratungsstellen, insbesondere für psychosoziale Erkrankungen, erhalten bleiben

■ die Arbeit der Selbsthilfegruppen der Stadt Halle sowie Beratungs- und Hilfsangebote für Suchtkranke zu unterstützen

■ nicht zuzulassen, dass öffentliche Gesundheitsdienste – insbesondere bei der präventiven gesundheitlichen Vorsorge bei Kindern- und Jugendlichen – abgebaut werden

■ das Programm Soziale Stadt als strategisches Instrument der Stadtentwicklung zu nutzen und weiterzuentwickeln

■ Hilfsangebote für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit Bedrohte – vor allem für Familien mit Kindern – unbürokratisch und schnell zu realisieren und Lösungen mit kommunalen Unternehmen zu suchen

■ das Haus der Wohnhilfe am Standort Böllberger Weg zu erhalten

■ freie Träger sozialer Arbeit über mindestens 3 Jahre zu finanzieren, um kontinuierliche Arbeit und Sicherheit für das Personal zu realisieren

■ sich für hochwertige medizinische Grundversorgung in allen Stadtteilen einzusetzen, auch bei psychischen Problemlagen

■ Selbsthilfegruppen zu fördern und deren Kooperation mit medizinischen Einrichtungen zu stärken

■ sich für eine familienfreundliche Stadt mit Chancengleichheit für alle Kinder einzusetzen

■ das Netzwerk gegen Kinderarmut zu evaluieren

■ dafür zu sorgen, dass Fördermittel auf Grundlage der Sozialplanung der Stadt zielgerichtet eingesetzt werden

■ nicht zuzulassen, dass Angebote der Schuldnerberatung gekürzt werden

■ Drogenberatungsstellen zu fördern und präventive Angebote zu stärken

■ aufsuchende Sozialarbeit an markanten Standorten in der Stadt auszubauen

Halle – das Alter gehört dazu

Alter ist ein Lebensabschnitt mit spezifischen Ansprüchen und

Bedürfnissen. DIE LINKE unterstützt einen veränderten Blick auf das Alter und die Wünsche älterer Menschen, sich in die Gesellschaft einzubringen und ihre Erfahrungen weiterzugeben. Wir achten die Lebensleistungen älterer Menschen. Ihre Fähigkeiten, Kompetenzen und Gestaltungspotentiale müssen erkannt und anerkannt werden. Besondere Herausforderungen sind der Bedarf an altersgerechten Wohnformen, gesundheitlicher Betreuung und Pflege. Da Altersarmut durch dauerhaft niedrige Einkommen oder unterbrochene Erwerbsbiografien auch in unserer Stadt deutlich zunehmen, muss die Sozialarbeit für ältere Menschen gestärkt werden, um den Folgen von Altersarmut und Vereinsamung entgegen zu wirken.

Das heißt für DIE LINKE:

■ den Seniorenrat weiter zu unterstützen und zu stärken und ihn besser in Planungs- und Entscheidungsprozesse des Stadtrates und der Stadtverwaltung einzubinden

■ gegen die zunehmende Vereinsamung im Alter Begegnungsstätten für Senior*innen in jedem Sozialraum zu erhalten und durch die Stadt Halle zu unterstützen

■ integrierte Konzepte für den demografischen Wandel zu entwickeln. Das heißt u.a., Wohnquartiere mit kommunalen Wohnungsunternehmen so zu entwickeln, dass die Menschen möglichst lange zu Hause wohnen können

■ Sozialräume an die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft anzupassen indem:

- Beratungs- und Freizeitangebote für Senior*innen in den Stadtvierteln erhalten und erweitert werden
- Fitnessparcours für alle Bevölkerungsgruppen in den Stadtvierteln geschaffen werden
- kommunale Beratungs- und Dienstleistungsangebote und Gesundheitsförderung verzahnt werden
- Sozialarbeit für ältere Menschen verstärkt wird, um den Folgen von Altersarmut und Vereinsamung vorzubeugen – z.B. durch mobile Beratungsangebote

■ Projekte von Mehrgenerationenhäusern für den sozialen Zusammenhalt zu unterstützen

■ das Sicherheitsgefühl – insbesondere älterer Bürger*innen – zu stärken, indem:

- Ansprechpartner*innen präsent sind
- Parks und Wege zu Bus und Bahn, Ärztehäusern etc. ausreichend beleuchtet sind

■ ehrenamtliches Engagement der Vereine und Initiativen für eine bessere, seniorengerechte öffentliche Infrastruktur (z.B. Bänke) ernst zu nehmen

■ Überlegungen und Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, um auch Demenzzkranken ein Leben in Würde zu ermöglichen

■ eine Kommunale Pflegestrukturplanung einzufordern und zu kontrollieren

■ regionale Pflegekonferenzen – z.B. mit Bürgerinitiativen wie Gesundheit in der Kommune – anzustoßen und durchzuführen

■ Stadtteilzentren und soziokulturelle Zentren in den Stadtvierteln als Treffpunkt der Generationen zu erhalten und weiterzuentwickeln

■ Spiel- und Begegnungsmöglichkeiten für alle Generationen zu schaffen und zu erhalten

Halle – Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche

Kinder und Familien sollen in unserer Stadt gern zu Hause sein. Dazu gehört, dass wir Chancengleichheit für alle Kinder schaffen. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot in den Kindertagesstätten, den Grund- und weiterführenden Schulen, in der Berufsausbildung und an den Hochschulen. Genauso wichtig ist es, Jugendfreizeitangebote und – wo nötig – qualifizierte soziale Betreuungs- und Beratungsangebote zu sichern und auszubauen.

Das heißt für DIE LINKE:

■ eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Träger der Jugend- und Jugendsozialarbeit – insbesondere im Präventionsbereich – zu sichern

- die Jugendhilfeplanung – angesichts steigender Zahlen jüngerer Einwohner*innen – bedarfsgerecht fortzuschreiben
- Jugendsozialarbeit an allen Schulen auszubauen und bestehende Angebote über das Bundesprogramm Bildung und Teilhabe hinaus beizubehalten
- Sozialarbeit auch an Gymnasien auszubauen. Perspektivisch soll es auch an den Gymnasien der Stadt Halle festangestellte Sozialarbeiter*innen geben
- Familienfreundlichkeit bei allen kommunalen Projekten und Planungsvorhaben strikt zu berücksichtigen
- mindestens zwei Beratungs- und Begegnungszentren für Kinder und Jugendliche pro Sozialraum zu schaffen und sie über langfristige Leistungsvereinbarungen finanziell abzusichern. Insbesondere sollen die Wohngebiete Heide-Nord, Frohe Zukunft, Trotha und das Bahnhofsviertel in den Fokus rücken, da es hier kaum bzw. zu wenig Angebote gibt
- diese mit zwei Sozialarbeiter*innen auszustatten, um den täglichen Betreuungsbedarf – auch an den Wochenenden – abzudecken. Das sichert in der Jugendarbeit für alle Jugendlichen feste Bezugspersonen
- dass Räumlichkeiten in diesen Zentren am Vormittag für Senior*innen genutzt werden, um so eine generationsübergreifende Begegnungskultur zu entwickeln
- dass in diesen Zentren niedrigschwellige Angebote der Jugendarbeit unterbreitet werden und sie Orte demokratischer Wertevermittlung sind, die sich an den Bedürfnissen junger Menschen orientieren. Das bedeutet auch, dass bei der Gestaltung des Angebots die Mobilitätsvoraussetzungen junger Menschen mit bedacht werden
- Mitgliedschaften in den Kinder- und Jugendfeuerwehren für alle kostenfrei zu ermöglichen
- die aufsuchende Sozialarbeit (Streetwork) zu stärken und in diesem Zusammenhang die entsprechenden Fachstellen in der Stadtverwaltung zu besetzen. Gegebenenfalls sollte die Stadt ein Quereinsteigerprogramm entwickeln
- ausreichend Fachpersonal im Allgemeinen Sozialen Dienst vorzuhalten
- Initiativen für eigenverantwortliche, mobile und interkulturelle Jugendarbeit zu unterstützen
- zusätzliche selbstverwaltete Treffs junger Menschen als Freiräume der Subkultur zu schaffen
- ausreichend alternative Sportangebote zu sichern und Möglichkeiten für Bolzplätze, Skating und neue Sportangebote zu schaffen
- Projekte des Trend- und E-Sports zu unterstützen, d.h. auch in städtischen Randlagen wie Ammendorf und Büschdorf entsprechende mobile Angebote bereitzustellen

■ ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit zu fördern, d.h. eine angemessene finanzielle Ausstattung bereitzustellen und eine Anerkennungskultur für Aktive zu pflegen

■ Projekte im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes fortzuführen und Aktivitäten zur Ausgestaltung des HALLIANZ-Jugendfonds zu unterstützen

■ Initiativen und Aktionen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus (z.B. Demokratie macht Schule, Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage) zu unterstützen und integrative Angebote für deutsche und zugewanderte Kinder und Jugendliche auszubauen

■ Kindern und Jugendlichen Teilhabe und Mitbestimmung in der Kommunalpolitik zu ermöglichen, d.h. die vorhandenen demokratischen Gremien – wie den Kinder- und Jugendrat sowie den Schülerrat – weiter aktiv zu unterstützen und sie in Entscheidungsprozesse einzubinden

■ ein Jugendparlament mit Rechten und Pflichten zu etablieren, um junge Menschen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen, die sie betreffen, mitentscheiden zu lassen. Dessen Arbeit muss finanziell auskömmlich ausgestattet sein

■ zusätzlich niedrigschwellige partizipative Ansätze jenseits der Gremienarbeit der Erwachsenen zu etablieren, z.B. aufsuchende

Beteiligung vor Ort oder digitale Stadtpläne mit Angeboten für Kinder und Jugendliche

■ die Fachkräftesituation bei Hort – und Kita-Erzieher*innen in Halle zu verbessern und neue Überlegungen anzustellen, um mehr qualifizierte Fachkräfte selbst auszubilden – auch in Kooperation mit freien Trägern der Kitalandschaft

■ eine Kita-Börse einzurichten, um über die gesamte Stadt eine effiziente und elternfreundliche Kitaplatzvergabe auf der Basis digitaler Abrufbarkeit und Bedienung zu sichern

■ das Sanierungsprogramm für Kitas und Schulen zügig umzusetzen

■ Barrierefreiheit an jeder Schule durchzusetzen. Mittelfristig möchten wir mindestens eine barrierefreie Schule in jedem Stadtteil

■ präventive Konzepte wie Gesunde Schule, Gesunde Kita, Gesundes Frühstück auszuweiten

■ Kindern aus Förderschulen den Zugang zur Hortbetreuung zu gewähren – auch über das 14. Lebensjahr hinaus

■ die Spielplatzkonzeption der Stadt zu novellieren und strikt umzusetzen

■ Anlaufstellen für intensive Familienberatung einzurichten, sodass mindestens ein Angebot in jedem Stadtviertel erreichbar ist

■ Kinderkulturtage zu entwickeln

- das Projekt Kinderstadt auf der Peißnitz zu unterstützen
- das HFC-Fan-Projekt als konkrete Sozialarbeit zu unterstützen
- wir wollen familienfreundliche Kommune sein. Dazu müssen die

städtischen Angebote und Leistungen – wie Sprech- und Öffnungszeiten in den Ämtern und Betreuungszeiten für Kinder – auf den Prüfstand gestellt und eventuell bedarfsgerecht geändert werden

II. Kunst, Kultur, Wissen und Digitalisierung

Kultur

Halle – Zentrum der Kultur

Die Ausstrahlung der Stadt Halle beruht im besonderen Maße auf der Kreativität, dem Eigensinn und dem Mut vieler Kunst- und Kulturschaffender und der Vielzahl kultureller Wirkungsstätten. Dies verbindet die Einwohner*innen mit ihrer Stadt und strahlt über die Grenzen der Kommune hinaus. Die Theater, Oper und Orchester GmbH als öffentlich geförderte 5-Sparten-Spielstätte, die freie Kulturszene und auch privatwirtschaftlich geführte Kulturträger bereichern die Stadt auf vielfältigste Weise und bedürfen der Anerkennung und Förderung. Kunst und Kultur haben eine herausragende Bedeutung für die Gesellschaft. Sie spiegeln gesellschaftliche Debatten wider und bieten Reibungsflächen zur Auseinandersetzung mit aktuel-

len Ereignissen und Entwicklungen. Diese kulturelle Infrastruktur gilt es besonders zu fördern, mit dem Ziel, allen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur zu eröffnen.

Das heißt für DIE LINKE:

- bestehende kulturelle Einrichtungen zu erhalten und weiterzuentwickeln, denn Kunst und Kultur leben nicht davon, dass sie als Anspruch konserviert werden
- sich für Einrichtungen der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit stark zu machen
- alle fünf Sparten der Theater, Oper und Orchester GmbH (TOOH) zu erhalten und eine dauerhafte, auskömmliche und qualitätssichernde finanzielle Förderung durch Kommune und Land zu sichern

■ die Bühnen in Halle personell und materiell in die Lage zu versetzen, ihr Programm in die Stadtteile zu tragen

■ kulturelle Kinder- und Jugendarbeit sowie kultur- und theaterpädagogische Angebote als wesentlichen Bestandteil der Theater und Kultureinrichtungen weiter auszubauen und zu fördern

■ die kommunale Kulturpolitik auch auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen auszurichten, d.h. Kommunikationsstätten und Begegnungsorte für Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen einzurichten, zu erhalten und weiterzuentwickeln

■ die Händelfestspiele als jährlichen Höhepunkt, der das musikalische Erbe unserer Stadt pflegt, neue künstlerische Perspektiven eröffnet und Halle dabei internationale Ausstrahlung verschafft, zu erhalten

■ die Stadtbibliothek mit ihren Zweigstellen, der Fahrbibliothek und der Musikbibliothek als wesentliche Vermittlerin von Literatur und kulturellen Bildungsträger zu erhalten und sich den Anforderungen neuer Medienformen zu stellen

■ die Museen materiell und finanziell abzusichern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es möglich sein muss, deren Sammlungen zu erweitern. Die Museen sollen unabhängig von ihrer Trägerschaft in ein städtisches Gesamtkonzept eingebunden werden

■ den Bergzoo Halle als Kultur-, Bildungs- und Erholungsstätte für unsere Stadt und ihre Gäste in seiner Einzigartigkeit zu erhalten, zu fördern und kontinuierlich weiterzuentwickeln

■ das Konservatorium Georg Friedrich Händel als eine bedeutende Einrichtung der kulturellen Bildung dauerhaft und für alle sozialen Schichten zugänglich zu erhalten. Ergänzend zum Konservatorium sollen die privatwirtschaftlichen Musikschulen im Blickfeld der Stadtverwaltung und des Stadtrats bleiben, um Kooperationen und Fördermöglichkeiten zu prüfen und auszuschöpfen

■ kommunale Kultur bedarf auch einer aktiven Soziokultur, vor allem in den Stadtteilen. Hier wirken wir darauf hin, dass von der Kommune die erforderlichen materiellen und finanziellen Bedingungen geschaffen werden, um für jeden offene, barrierefreie soziokulturelle Zentren zu erhalten und/oder neue zu schaffen

■ die Galerien und Ausstellungen der bildenden Kunst zu unterstützen und zu fördern

■ der freien Kunstszene (freie Theater, Kunstvereine und Verbände) weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen und größtmögliche Unterstützung zu gewähren

■ Kunst im öffentlichen Raum frühzeitig bei der Stadtplanung zu berücksichtigen

- der Medienkultur verstärkt Aufmerksamkeit zu zollen und erforderliche Maßnahmen zu ergreifen
- die kulturellen Einrichtungen für die Herausforderungen der Digitalisierung zu wappnen und die dafür erforderlichen finanziellen und materiellen Voraussetzungen zu schaffen
- Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sich kulturelle Freiräume und eigenverwaltete subkulturelle Projekte in der Stadt entwickeln können
- dass das Personal in den kulturellen Einrichtungen der Stadt angemessen bezahlt wird
- zu prüfen, ob ein monatlicher, eintrittsfreier Museumstag in Halle etabliert werden kann
- öffentlichkeitswirksame Ausstellungsmöglichkeiten für Künstler*innen in Halle zu schaffen
- sich für gastronomische Einrichtungen auch in anderen Stadtteilen als der Innenstadt einzusetzen

Wissenschaft

Halle – Stadt der Wissenschaften und Innovationen

Die Martin-Luther-Universität, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein und die Hochschule für evange-

lische Kirchenmusik machen Halle zum größten Hochschulstandort Sachsen-Anhalts. Die deutschlandweite und internationale Ausstrahlung der Hochschulen, aber auch der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sind für die Stadt und die Region ebenso von unschätzbarem Wert wie ihre Attraktivität für junge Menschen. Die Studierenden und ihre Lehrenden beeinflussen das gesellschaftliche Klima in der Stadt. Umso wichtiger ist es, dass die Fächervielfalt erhalten bleibt. DIE LINKE tritt deshalb auf allen politischen Ebenen Kürzungsabsichten bei den Hochschulen entgegen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Halle – gemeinsam mit den Wissenschaftseinrichtungen – aktiv um Studierende wirbt. Zudem soll die Stadt die Hochschulen und Forschungseinrichtungen dabei unterstützen, Wissenschaftler*innen zu gewinnen.

Das heißt für DIE LINKE:

- die gemeinsame Stadtentwicklung und Hochschulplanung besonders mit Blick auf die Immobiliensituation der Hochschulen bzw. auf ehemalige Gebäude der Hochschulen zu orientieren
- Bauangelegenheiten mit den Hochschulen, dem Land, der Uniklinik und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen eng abzustimmen

- in Abstimmung mit dem Studentenwerk weiterhin über die städti-

schen Wohnungsgesellschaften für bezahlbaren Wohnraum für Studierende zu sorgen

■ für eine Erweiterung des MDV-Semestertickets auf das ganze Land einzutreten und darauf hinzuwirken, dass es bezahlbar bleibt und die Studierendenvertretungen bei jeder Entscheidung einbezogen werden

■ Studentische Initiativen im Kultur-, Sozial- und Sportbereich zu unterstützen

■ dass die Stadtverwaltung und die Tochterunternehmen verstärkt Praktikumsplätze anbieten und mit den Hochschulen bei der Erstellung von Abschlussarbeiten und Promotionen kooperieren

■ sich für günstige Eintrittspreise in den Kultureinrichtungen sowie die kostenlose Nutzung der Stadtbibliothek für Studierende einzusetzen

■ die Kinderbetreuung an den Alltag von Studierenden und Akademiker*innen anzupassen

■ Wissenschaftler*innen darin zu unterstützen, Kinderbetreuung und Wohnraumsuche zu organisieren

■ die Arbeitsplatzsuche für Partner*innen von Wissenschaftler*innen (Dual Career) zu unterstützen

■ intensiv mit den Careercentern der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen zusammenzuarbeiten

■ Existenzgründungen und Unternehmensansiedlungen im wissenschaftsnahen Bereich stärker zu unterstützen

■ besonderes Augenmerk auf die Kreativwirtschaft und – in Abstimmung mit den Anwohner*innen – die Entwicklung des Technologieparks am Weinbergweg zu richten

■ das Technologie- und Gründerzentrum noch stärker als Unterstützung für junge Unternehmen zu nutzen

■ die Medien- und Kreativwirtschaft, z.B. den Standort des Multimediazentrums, zu erhalten und zu stärken

■ das Konzept Zukunftsstadt Halle Neustadt durch Verzahnung mit dem Weinbergcampus umzusetzen

■ außeruniversitäre Wissenschaftseinrichtungen anzusiedeln und zu entwickeln und Wissenschaftseinrichtungen mit der regionalen Wirtschaft stärker zu vernetzen

■ integrative Angebote für ausländische Studierende zu schaffen – z. B. Tandemprojekte von Studierenden für ausländische Studierende – und diese mit ähnlichen bereits existierenden Projekten und Akteur*innen zu vernetzen

■ eine Willkommenskultur für ausländische Studierende und Wissenschaftler*innen zu etablieren

■ dass Hochschul- und Stadtmarketing intensiv zusammenarbeiten

Bildung

Halle – Bildung als Schlüssel

Bildung ist ein Schlüssel zur freien Entfaltung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen, für ihre Chancen und ihr Engagement im Leben und im Beruf. Junge, gut ausgebildete Menschen gestalten unser Land und die Region in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich mit. Dazu müssen sie die Chance erhalten, selbstbestimmt aufzuwachsen und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Lebenslanges Lernen, Bildung und Weiterbildung sind unerlässlich.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen unter optimalen Bedingungen chancengerecht in gut ausgestatteten Schulen lernen und jeder angestrebte Abschluss an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erlangt werden kann. Dabei ist es notwendig, ein Konzept zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf zu entwickeln und die Voraussetzungen für dessen Umsetzung zu schaffen – vom gemeinsamen Unterricht hin zu einer inklusiven Schule.

Das heißt für DIE LINKE:

■ gleiche Betreuungsbedingungen für alle Kinder zu sichern, egal, ob sie bei freien Trägern oder dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten betreut werden. Kindertagesstätten (KITAS) sind Orte der Bildung und Erziehung

■ ein einheitliches zentrales Verfahren zur Vergabe der KITA-Plätze zu prüfen. Einmal anmelden muss genügen.

■ die finanzielle Mindestausstattung der KITAS (Betriebskostendeckung) zu sichern und die Möglichkeiten der Abschreibung und der Bereitstellung von Investitionsmitteln bei öffentlichen und freien Trägern auf das gleiche Niveau zu führen

■ KITAS als frühkindliche Bildungseinrichtung zu begreifen: DIE LINKE tritt für einen kostenfreien Betreuungsplatz für jedes Kind ein. Bis diese Aufgabe in Übereinstimmung mit dem Land erreicht wird, fordern wir mittelfristig als ersten Schritt ein kostenfreies KITA-Jahr vor der Einschulung

■ KITA-Sozialarbeit als präventives Angebot auszubauen

■ das integrierte Bildungskonzept für die Stadt Halle, das alle Bildungsmöglichkeiten von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung einschließt, stetig fortzuschreiben

■ eine ausgewogene Schulentwicklungsplanung auf Grundlage der Bevölkerungsentwicklung in Halle mit wohnortnahen Grundschulen umzusetzen

■ den Schulbau und die Schulsanierung durch das Schulinvestitionsprogramm voranzutreiben, um mehr Plätze für Schüler*innen zu schaffen, Inklusion zu ermöglichen und Schulgebäude anzupassen. Wir

wollen barrierefrei gestalten und die Räume für Gruppenarbeit sowie den Raumfaktor je Klasse deutlich verbessern

■ Schüler- und Elternschaft bei der Schulentwicklungsplanung frühzeitig zu beteiligen und Akteure aus dem Schulumfeld, wie Wohnungsgesellschaften, Vereine und Initiativen einzubeziehen

■ Schüler- und Elternvertretungen bei Investitionsentscheidungen, insbesondere bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Schulsanierungen, rechtzeitig und umfassend einzubeziehen

■ alle Aktivitäten, die das längere gemeinsame Lernen ermöglichen, zu unterstützen und zu fördern. Auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule unterstützen wir alle Bemühungen von Lehrenden, Lernenden und Eltern, bestehende Kooperationen zwischen Grund- und Sekundarschulen und Gymnasien weiterzuentwickeln

■ alle Schulen mit einem modernen Breitbandanschluss auszustatten, um moderne Medien für die Bildungsarbeit nutzen zu können

■ eine flächendeckende IT-Infrastruktur (inkl. Endgeräte) zur effektiven Nutzung der neuen/modernen Medien zu schaffen. Dies soll auf Basis der pädagogischen Konzeption der jeweiligen Schule und unter Einbeziehung und Mitbestimmung der Schule geschehen

■ die Wartung der IT-Infrastruktur ist städtische Aufgabe. Die Ausstattung, Beschaffung, Installation und Wartung müssen vollumfänglich aus einer Hand koordiniert werden.

■ die Sachausstattung der Schulen zu verbessern, insbesondere im Bereich neuer Medien und um besondere Aufgaben (z.B. Gemeinsamer Unterricht, Integrationsklassen für Migranten) wahrzunehmen

■ alle Mittel aus Bundes- und Europaprogrammen weiter zu nutzen, um so viele Schulen wie möglich mit öffentlichen Mitteln zu sanieren und zu modernisieren

■ eine angemessene Zahl an Ausweichquartieren bereitzustellen, wenn einzelne Schulen saniert bzw. modernisiert werden

■ Schule als Lern- und Lebensort weiterzuentwickeln. Das heißt, Ganztagsangebote an allen Schulen auszubauen, die gleichberechtigte Zusammenarbeit und enge Vernetzung zwischen Grundschulen und Horten zu fördern, die Schulsozialarbeit als wirksames Instrument und als kommunale Aufgabe zu begreifen und auszubauen und Aktivitäten zu unterstützen, um Konzepte zur Öffnung von Schulhöfen zu entwickeln

■ dass jede Schule eine große Aula in ihrem Umfeld hat. Dazu sollen stadtteilbezogenen Aula-Gebäude entstehen, die auch als Veranstaltungsort im Stadtteil genutzt werden können

- dass Bundes- und Landesprogramme zur Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen im Bildungsbereich, wie zum Beispiel das Bildungs- und Teilhabepaket, unbürokratisch und schnell umgesetzt werden
- Dass sichere Schulwege für alle Lernenden existieren. Dazu gehört auch, die Entfernung zwischen Schule und Wohnung nicht nur über Entfernungskilometer zu definieren, sondern auch über die Schulwegsicherheit. DIE LINKE tritt für einen fahrscheinlosen ÖPNV ein. Bis wir dieses Ziel erreicht haben, fordern wir ein kostenfreies Schülerticket unabhängig von Entfernungskilometern
- das Schulbudget, über deren Verwendung Schulen frei entscheiden können, zu erhöhen (u. a. Abschaffung der 150 Euro-Grenze pro Sachposten bei der Nutzung des Schulbudgets)
- für eine gesunde und kostenfreie Essenversorgung – sowohl in der Kita als auch in der Schule (Frühstück und Mittagessen) – einzutreten. Dabei soll nicht nur die finanzielle Situation, sondern auch die räumliche Situation der Schulen berücksichtigt werden
- die Schulentwicklungsplanung an wachsende Raum- und Schülerzahlen und den Bau von neuen Schulen anzupassen, damit nicht zu große Schulen entstehen (genügend Platz für die Schüler*innen in den Schulen, z. B. Kleinräume für Lerngruppen)
- für die Berufsbildenden Schulen ein Entwicklungskonzept in enger Abstimmung mit den Nachbarkreisen zu erarbeiten und dabei die bedarfsgerechte Ausstattung mit Lehr- und Lernmaterialien zu beachten
- ausreichend Wohnraum für Gastschüler*innen der Berufsschulen vorzuhalten
- Berufsschulen für Kooperationspartner*innen mit polytechnischen Bildungskonzepten zu öffnen
- das Salinetchnikum und das Schülerlabor Hoher Weg als MINT-Lernorte institutionell zu fördern
- keine Möglichkeiten für die Bundeswehr einzuräumen, sich auf dem Laternenfest zu präsentieren und in den Schulen für sich zu werben: Wir unterstützen und fördern alle Aktivitäten, um auf die Gesamtkonferenzen entsprechend einzuwirken
- die Volkshochschule (VHS) in enger Zusammenarbeit mit dem Saalekreis als Ort lebensbegleitenden Lernens weiterzuentwickeln und auch künftig ein attraktives Bildungsprogramm mit generationenspezifischen Angeboten zu ermöglichen
- die Kooperationsvereinbarung bezüglich der VHS mit dem Saalekreis auf Augenhöhe beizubehalten
- die personelle, räumliche und sächliche Ausstattung der VHS sicherzustellen

■ die Kooperation mit anderen Bildungseinrichtungen und städtischen Einrichtungen zu intensivieren, z.B. Sprachkurse für Studierende. Fort- und Weiterbildungsangebote für Mitarbeiter*innen der Stadt und der Tochterunternehmen zu entwickeln und anzubieten

■ den gemeinsamen Standort der Bibliothek und der VHS durch intensivierte Kooperation zu einem tatsächlichen kommunalen Bildungszentrum auszubauen

■ die Angebote der VHS auf alle Stadtteile auszuweiten

■ das Mindesthonorar für Dozent*innen regelmäßig an die allgemeine Lohnentwicklung anzupassen und keine Unterschiede von Mindesthonoraren in unterschiedlichen Kursen zuzulassen

Sport

Halle – Sport als gemeinsames Erlebnis

Der Sport gehört für uns zur Daseinsvorsorge und muss Bestandteil des halleschen Leitbildes sein. Für DIE LINKE ist der Sport ein soziales Recht der Menschen. Hierfür muss der Breiten-, Leistungs-, Nachwuchs- sowie Gesundheits- und Rehabilitationssport in der Stadt Halle fest verankert und ausreichend, vor allem in finanzieller Hinsicht, unterstützt werden. Sportliche Erfolge sorgen für ein

positives Image unserer Stadt. Dazu gehören auch die erfolgreichen halleschen Leistungssportler*innen. Neben den sozialen Aspekten der Sportvereine dienen diese auch der Gesundheitsvorsorge für alle Altersgruppen. In den letzten Jahren entstanden Sportstätten, die sowohl für den Leistungs- als auch den Breitensport genutzt werden können. Trotzdem ist der Sanierungsbedarf an den Sportstätten der Stadt weiterhin hoch.

Das heißt für DIE LINKE:

■ Rahmenbedingungen für die dauerhafte Koordinierung von schulischer Ausbildung und leistungssportlichem Training zu verbessern: Die Sportschulen der Stadt legen die Grundlagen für eine leistungssportliche Entwicklung des Nachwuchses

■ Sportvereine bedarfsgerecht und verlässlich zu fördern

■ Bolz- und ähnliche Sportplätze für den Freizeitsport in den Wohngebieten zu erhalten, zu sanieren bzw. neu zu errichten

■ Initiativen in den Sportvereinen zu unterstützen, um deren Sportstätten qualitativ zu verbessern. Das heißt, sie u. a. beim Akquirieren von Fördergeldern zu unterstützen und bei der Planung von Sanierungsmaßnahmen einzubeziehen

■ sportliche Integrationsprojekte weiter zu entwickeln und zu unterstützen

- die Ressourcen an Sportstätten für Breitensportler*innen gerechter zu verteilen
- in den Vereinen und Organisationen des Sports wichtige Partner*innen zu sehen, um insbesondere Werte wie Toleranz, Respekt und Fairness zu vermitteln
- das Ehrenamt im Sport stärker zu fördern: Vereine müssen zukunftsfähig gemacht und die Leistungen der vielen Ehrenamtlichen im Sport wertgeschätzt, gewürdigt und anerkannt werden
- dass soziales Engagement für Jugendliche und Heranwachsende im Sport nicht an finanziellen Mitteln scheitert
- Barrierefreiheit in allen Sportstätten unserer Stadt herzustellen
- die Onlinevergabe aller Sportstätten voranzutreiben, um mehr Flexibilität und eine gerechtere Verteilung sowie Transparenz zu sichern
- die Beantragung von Fördermitteln für die Sportvereine zu entbürokratisieren
- Brachflächen in Halle für den Sport zu erschließen und zu nutzen

wesentliche Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung der Stadt. Sie ist von großer Bedeutung für alle Bereiche der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Bildung und der Kultur. Sie macht Halle als Wohnort attraktiv und eröffnet das Potential, das Internet vollumfänglich nutzen zu können. Sei es im Bereich des E-Sports oder Streamings, seien es große Dateien, die durch Firmen ausgetauscht werden, sei es E-Government oder eine moderne Bildungsinfrastruktur. Schnelles Internet ist dafür die Basis.

Das heißt für DIE LINKE:

- dass symmetrische Up- und Downloadgeschwindigkeiten von mindestens 100 Mbit/s zeitnah und eine Breitbandversorgung mit Gigabitgeschwindigkeit bis 2024 flächendeckend zur Verfügung stehen muss
- Fördermittel so zu bündeln, dass alle Gebäude, Siedlungs-, Gewerbe- und Wissenschaftsflächen an das Glasfasernetz angeschlossen werden
- dass Halle und seine Umgebung zügig mit dem 5G-Mobilfunknetz versorgt wird, damit das Internet der Dinge auch hier die Chance zur Entwicklung hat

Digitalisierung

Halle soll Megabitcity werden

Die flächendeckende Verfügbarkeit von schnellem Internet ist eine

III: Wirtschaft, Arbeit und Finanzen

Die Wirtschaftskraft Halles ist die Basis kommunaler Handlungsfähigkeit und damit entscheidend, um die Lebensverhältnisse der Einwohner*innen zu gestalten. Von ihr hängen sowohl die finanzielle Ausstattung der Stadt als auch die Beschäftigungschancen und die Einkommenssituation ihrer Einwohner*innen maßgeblich ab. Die Frage existenzsichernder Arbeit – zu einem Mindestlohn über 12 Euro pro Stunde – ist wesentlich für die Perspektiven, die die Menschen mit dem Wohnort Halle verbinden. Wir wollen Halle als produktions- und wissenschafts-basierten Technologie- und Dienstleistungsstandort weiter stärken.

Halle – existenzsichernde Arbeit in der Kommune

Das heißt für DIE LINKE:

- die industrielle Ansiedlungspolitik an umweltschonenden und zukunftsfähigen Technologien zu orientieren
- existenzsichernde Arbeitsplätze für alle Qualifikationsstufen mit angemessenen Vergütungen zu schaffen und zu erhalten
- dass die Stadt als Auftragnehmerin ihre Verträge mit sozialen und kulturellen Trägern einhält
- arbeitsrechtliche Normen und tarifliche Regelungen bei Vertrags-

partner*innen /-unternehmen der Stadt einzuhalten, Tarifflucht zu verhindern, Betriebs- und Personalräte zu stärken

- dass Entlohnung nicht umgangen und nach Arbeitsstunden bezahlt wird. Mittelfristig sollen Reinigungsleistungen / ausgelagerte Dienstleistungen rekommunalisiert und die Angestellten der Subunternehmen ebenfalls nach Tarif bezahlt werden

- Leiharbeit und Befristung ohne sachliche Grundlage bei öffentlichen Unternehmen und Beschäftigungsverhältnissen auszuschließen

- die Gemeinwohlorientierung und soziale Verantwortung kommunaler Unternehmen sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sichern

Halle – Flächenpotentiale nutzen

Das heißt für DIE LINKE:

- eine Strategie zu entwickeln, wie alte und neue Gewerbeflächen genutzt werden können. Dabei soll darauf geachtet werden, dass
- vorrangig Altindustriestandorte mit Gleisanschluss reaktiviert werden, bevor eine Neuausweisung von Gewerbeflächen erfolgt (vgl. Plastewerk Ammendorf, Hafen Trotha)

■ die Sanierung und Entwicklung alter Industriestandorte und industriegeschichtliches Erbe gesichert wird und ein sensibler Umgang mit historischer Industriearchitektur erfolgt

■ neue Gewerbegebiete nur in notwendigem Ausmaß und unter Schutz wertvoller landwirtschaftlicher Nutzflächen und Grünflächen ausgewiesen werden

■ erheblich konfliktfördernde Industrie- und Gewerbenutzung im Bereich des Hafens Halle durch entsprechende Bauleitplanung reguliert wird. Hierbei müssen die Aspekte des Natur- und Hochwasserschutzes sowie Bedarfe der umliegenden Wohnbebauung besonders berücksichtigt werden

Halle – nachhaltig wirtschaften, für einen grünen Jobmotor

Das heißt für DIE LINKE:

■ Halle zu einem Standort grüner Unternehmen (urbane, grüne Gewerbecluster der Zukunft) als eine der tragenden Säulen der urbanen halleschen Wirtschaft zu entwickeln

■ die ökologische Erneuerung der Energiewirtschaft der Stadt zu unterstützen und den Anteil der eigenproduzierten, ökologischen Energie bis 2040 signifikant zu verbessern

■ Halle zu einer Energiesparstadt zu machen

■ fossile Brennstoffe durch den massiven Ausbau erneuerbarer Energien zurückzudrängen. Etwa indem

■ kommunale Gebäude mit Solaranlagen und -speichern unter Beachtung des Denkmalschutzes und der Wirtschaftlichkeit ausgestattet werden

■ Solardächer bei städtischen aber auch anderen Neubauten installiert und Gebäude energetisch saniert werden

■ Unternehmen auf den Zukunftsfeldern der erneuerbaren Energien und der Abfall-/Kreislaufwirtschaft – also grüner Zukunftstechnologien – gezielt zu fördern und anzuwerben

■ die Gemeinwohlorientierung kommunaler Unternehmen weiter zu stärken und insbesondere die soziale Verantwortung der Unternehmen und weitere unternehmerische Kriterien – wie Nachhaltigkeit, Arbeitnehmerbelange und das betriebliche Gesundheitswesen – zu berücksichtigen

■ öffentlich-private Partnerschaft (PPP) abzulehnen

■ bestehende Genossenschaften zu erhalten und zu fördern und Neugründungen zu unterstützen

■ Projekte wie Fair Trade Town und Sharing Economy zu unterstützen

- ein Mehrwegbecher-Pfandsystem zu etablieren

- das Technologie- und Gründerzentrum noch stärker zu nutzen, um junge Unternehmen zu unterstützen

- die Medien- und Kreativwirtschaft zu stärken

Halle – den Handel stärken

Die Möglichkeiten der Kommunalpolitik, den traditionellen Handel zu unterstützen, sind begrenzt. Um dem Internethandel auf Dauer Paroli zu bieten, sind die Ladeninhaber selbst gefordert. Ein Appell an die Solidarität der Hallenser*innen mit ihren ortsansässigen Händlern wird nicht ausreichen.

Das heißt für DIE LINKE:

- dass notwendige Baumaßnahmen im öffentlichen Straßenraum rechtzeitig mit den Betroffenen abgesprochen, gut koordiniert und schnellstmöglich abgeschlossen werden

- dass bei der Bauleitplanung Handelsaspekte berücksichtigt werden und das Einzelhandels- und Zentrenkonzept konsequente Beachtung findet

- dass Frischemärkte in den Wohnvierteln erhalten bleiben

- dass Bedingungen geschaffen werden, die den Besuch der Innenstadt zu einem Gesamterlebnis von

Kunst und Kultur, Event, Handel und Wandel machen

- dass die obere Leipziger Straße durch die Verzahnung von Kunst und Kultur, Freizeitmöglichkeiten und die Ansiedlung von jungen Kreativen belebt wird

- dass ein Gewerbemietpiegel erarbeitet wird

- dass Außengastronomie unbürokratisch zugelassen wird

- dass die Innenstadt insgesamt als Einkaufs-Center begriffen und seitens der Verwaltung als solches behandelt wird. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Netzwerk der Innenstadthändler erforderlich

- dass vom Ring zum Marktplatz und umgekehrt das kostenfreie Fahren mit der Straßenbahn ermöglicht wird

Halle für alle – Finanzielle Sicherheit für die Stadt

DIE LINKE steht für eine Haushaltspolitik, die für die Leistungen der Daseinsvorsorge die Mittel und das notwendige Personal bereitstellt. Wirtschaftlichkeit messen wir zuallererst daran, wie Aufgaben gegenüber den Einwohner*innen erfüllt werden. Wir verschließen uns nicht notwendigen Anpassungen und Einsparungen, die wir aber unter dem Gesichtspunkt des Sozialen prüfen und bewerten.

Dort, wo Einwohner*innen mit Gebühren und Beiträgen kommunale Aufgaben mitfinanzieren, wird sich DIE LINKE dafür einsetzen, dass Kalkulationsgrundlagen transparent gemacht werden. Wir streben dort, wo es möglich ist, eine Gebühren- und Beitragsstaffelung nach sozialen Aspekten an. Den Verkauf von kommunalem Eigentum zur Haushaltskonsolidierung lehnen wir strikt ab.

Halle wird derzeit mit Problemen allein gelassen, deren Verursacher nicht die Stadt allein ist. Die Lösung der daraus entstehenden kommunalen Haushaltsprobleme muss auf Bundes- und Landesebene erfolgen. Es gilt unter diesen Rahmenbedingungen einen Weg zu finden, erkämpfte soziale Leistungen zu verteidigen und auszubauen. Hier muss die Stadt ihre finanziellen Gestaltungsspielräume ausschöpfen, um eine weitere Spaltung der Stadt zu verhindern und letztlich allen Hallenser*innen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Das heißt für DIE LINKE:

- eine Gemeindefinanzsteuer einzuführen, die die bisherige Gewerbesteuer ablöst. Damit wollen wir alle selbstständigen, mit Gewinnabsicht ausgeübten Tätigkeiten besteuern.

- den kommunalen Finanzausgleich (FAG) in Sachsen-Anhalt so zu regeln, dass er die Kommunen nicht von der allgemeinen Steuerentwicklung entkoppelt, den Mindestbedarf

sichert und innerhalb der kommunalen Familie einen angemessenen Ausgleich schafft

- für die Aufgaben, die den Kommunen durch Bund und Land übertragen werden, das Konnexitätsprinzip anzuwenden. Es muss gelten: Wer bestellt, der bezahlt auch.

- in der Stadtverwaltung noch mehr Ausbildungsplätze anzubieten

- keine Aufgaben auszulagern, um Personalkosten einzusparen, und eine strikte Tarifbindung, wenn Dritte Aufgaben erfüllen

- privatisierte und/oder ausgelagerte Dienstleistungen mittelfristig zu rekommunalisieren

- keine Haushaltskonsolidierung der Stadt zu Lasten der städtischen Unternehmen, der Mieter*innen sowie der Gebührenden*innen zu praktizieren

- das Fördermittelmanagement zu verbessern, um dringend benötigte zusätzliche Einnahmen zu generieren und die Vergabe der knappen Mittel strategisch sinnvoll und effektiv zu gestalten

Halle – mit dem Umland zusammenarbeiten

Das heißt für DIE LINKE:

- interkommunale Kooperationen zu etablieren, mit denen Pendlerströme

optimiert und das Arbeiten und Wohnen in unterschiedlichen Städten bzw. Teilgebieten der Region ermöglicht werden (z.B. Stärkung des ÖPNV und MDV, Erhalt/Intensivierung der Überlandlinie 5, Einrichtung weiterer P+R-Plätze, Förderung von S-Bahn und regionalem Radverkehr)

■ die Netzwerkarbeit zur weiteren Entwicklung der Region als Logistikstandort zu intensivieren

■ Zusammenarbeit für einen besseren Hochwasserschutz

■ im Bereich Bildung, Soziales und Sicherheit sowie bei der Ver- und Entsorgung (Wasser/Abwasser) stärker zu kooperieren

■ dass die gemeinsame Geschichts- und Kulturregion Mitteldeutschland entwickelt und vermarktet wird

■ dass bei Kulturveranstaltungen und Kunstprojekten verstärkt Synergien geschaffen werden

■ dass Gewerbeflächen gemeinsam entwickelt werden

IV. Die Stadt sind wir – Demokratie und Vielfalt!

Halle – Stadt engagierter Menschen

Halle ist eines der Protestzentren Sachsen-Anhalts, wenn es darum geht, gegenüber der Landes- und Bundespolitik ein Achtungszeichen zu setzen. Halle ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Hier kommen Menschen selbstorganisiert zusammen, um für ihre Ziele und Überzeugungen öffentlich einzutreten.

Demos sind in Halle bunt, groß und wirkungsvoll. Egal, ob es gilt, Neonazis entgegenzutreten, Studierenden-Proteste zu organisieren, zum CSD auf die Straße zu gehen oder

einer unverantwortlichen Kürzungspolitik entgegenzutreten.

Zahlreiche Menschen in unserer Stadt engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen und Initiativen, leisten sozial und kulturell wichtige Arbeit und bringen sich ein in Aktionen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz. Diese Bereitschaft mitzugestalten, macht uns gemeinsam reicher und stärker.

Wir setzen uns für direkte Bürgerbeteiligung in Halle ein. Für uns sind transparente Verwaltungspläne, schon von der frühesten Planungsphase an, eine Mindestforderung

von Mitbestimmung. Hierzu wollen wir auch die Formen der Mitsprache nutzen, die das Internet bietet.

Das heißt für DIE LINKE:

■ aus verschiedenen Plänen der Verwaltung nicht nur auszuwählen, sondern Pläne mit zu erarbeiten

■ die Chancen des Internets stärker zu nutzen, um Bürger*innen einzu-beziehen. Das Ratsinformationssystem muss nutzerfreundlicher und übersichtlicher gestaltet werden

■ dass eine E-Government-Strategie notwendig ist und Kostenersparnisse durch Open-Source-Software geprüft werden

■ der Onlineservice der Verwaltung verbessert wird. Dazu gehört ein übersichtliches leicht verständliches Serviceportal, das auf allen Endgeräten funktioniert und eine übersichtliche webbasierte Darstellung von Beschlüssen, Satzungen und Planungen bietet

■ dass freies W-LAN in der gesamten Stadt verfügbar ist, um allen Bürger*innen Beteiligung zu ermöglichen. Dieses soll durch die Stadt und Partner aus der lokalen Wirtschaft aufgebaut werden. Hierzu soll in allen städtischen Gebäuden ein offener kostenfreier W-LAN-Zugang ermöglicht werden. Es gibt bereits viele kleine private Initiativen in Läden und Lokalen. Insbesondere sollen aber auch Freifunkinitiativen unterstützt werden

■ dass Offliner nicht abgehängt werden. Der Service der Verwaltung muss vollumfänglich auch denjenigen zur Verfügung stehen, die das Internet nicht nutzen. Der Besuch der Servicestellen muss auch ohne vorherige Terminvereinbarung unkompliziert möglich sein

■ den Bürgerhaushalt auszubauen und zu verstetigen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu unterstützen, neue Beteiligungsformen – z. B. Einwohnerumfragen – zu erproben

■ Einwohnerfragestunden zeitlich und örtlich für die Mehrheit der Einwohner*innen erreichbar zu machen. Wir wollen regelmäßige Einwohnerversammlungen fest verankern

■ Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen und für Themen, die die ganze Stadtgesellschaft betreffen, stadtweite Einwohnerforen zu etablieren

■ Beteiligungsprozesse zu vereinfachen und alle Formen direkter Demokratie zu fördern. So streben wir an, Bürger*innen bei Wahlen über einen Punkt der Stadtentwicklung, der im gesamtstädtischen Interesse liegt, zu befragen bzw. entscheiden zu lassen

■ Bürgerbegehren und Bürgerentscheide parallel zu Wahlen stattfinden zu lassen

■ in der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung des Stadtrates

ein Anhörungsrecht in den Ausschusssitzungen zu verankern und für Bürgerinitiativen, Vereine und sonstige von Entscheidungen der Stadt Betroffene festzuschreiben

■ Stadtteilräte als weitere Form der Bürgerbeteiligung einzuführen

■ einem/r Vertreter*in der Behindertenverbände als sachkundige/r Einwohner*in im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie im Planungsausschuss Rede- und Antragsrecht zu erteilen

■ ehrenamtliches Engagement zu fördern

■ den Ehrenamtsbeirat in seiner Arbeit zu unterstützen und ihm mehr Kompetenzen zu übertragen

■ Vereine bei der digitalen Vernetzung ihrer Angebote zu unterstützen, um so Kooperationsmöglichkeiten zu verbessern

Halle – Für eine Kultur der Vielfalt und Integration

In unserer Stadt leben Menschen unterschiedlichster Herkunft: Alteingesessene, Hinzugezogene, ausländische Studierende, Einwander*innen, Geflüchtete und Asylsuchende. Diese Vielfalt ist eine Bereicherung für uns – menschlich, kulturell, wirtschaftlich. DIE LINKE setzt sich für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander ein, das die Verschiedenheit aller

Menschen anerkennt. Wir wollen einen humanen Umgang mit Asylbewerber*innen, der die Würde jeder und jedes Einzelnen in den Mittelpunkt stellt und setzen uns für eine Willkommenskultur in unserer Gesellschaft ein. Das erfordert zum einen eine Politik, die Rassismus, Antisemitismus und allen anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entschlossen und konsequent entgegentritt. Zum anderen heißt es für uns, aktiv Willkommensstrukturen mit einer aktiven Integrationspolitik zu schaffen, die Integration nicht als Aufforderung, sondern als bereichernden, vielseitigen Prozess versteht.

Das heißt für DIE LINKE:

■ die Netzwerke in Halle, die der Selbstorganisation und Interessenvertretung von Geflüchteten und Migrant*innen dienen, zu unterstützen

■ die positiven Erfahrungen der Arbeit des Bündnis Migrantenorganisationen und des Ausländerbeirates in der Stadt zu nutzen und zu unterstützen

■ den Ausländerbeirat in seinen Kompetenzen zu stärken, ihm eine beratende Stimme in Ausschüssen zu geben und ihn langfristig zu einem Integrationsbeirat zu entwickeln

■ Integrationsprojekte kontinuierlich und verlässlich zu fördern

■ das Konzept der dezentralen Wohnungsunterbringung von Asylbewerber*innen weiterzuentwickeln

- Netzwerkstrukturen, die der Teilhabe von Geflüchteten in der Gesellschaft dienen, zu stärken
- ein Nachbarschaftszentrum auf der Silberhöhe (und evtl. in Heide-Nord) zu entwickeln
- Fördermittel verstärkt für Deutschunterricht für Geflüchtete und Asylsuchende einzusetzen
- für die Sensibilisierung und interkulturelle Trainings der Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und insbesondere der Ausländerbehörde einzutreten
- innerhalb der Berufsorientierung ein spezifisches Beratungsangebot für Migrant*innen zu schaffen
- sich für die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse einzusetzen
- spezifische Beratung und Hilfen für Existenzgründer und Kleingewerbetreibende mit Migrationshintergrund zu unterstützen
- Migrant*innen bei Stellenbesetzungen in der Stadtverwaltung zu berücksichtigen

Halle – gemeinsam gegen Rechts

Die Würde des Einzelnen ist unantastbar. Die universelle Gleichwertigkeit aller Menschen gilt es zu verteidigen gegen Rassismus,

Antisemitismus und Sexismus, gegen die Ausgrenzung von Minderheiten und von Armut Betroffenen. Dabei findet sich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in jeder gesellschaftlichen Schicht. Diskriminierung, Hass und Gewalt bedrohen die Demokratie.

Wir alle müssen dem gemeinsam auf allen politischen Ebenen – parlamentarisch wie außerparlamentarisch – begegnen. Dazu gehört der solidarische Umgang mit Opfern von rechter Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung. Dazu gehört auch, neonazistische Aktivitäten in Halle ungeschönt wahrzunehmen und nicht die Augen vor tatsächlich bestehenden Problemen aus Angst vor möglichen Imageschäden zu verschließen.

DIE LINKE will ein gesellschaftliches Klima schaffen, das nicht zulässt, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer geschlechtlich-sexuellen Identität oder ihrer politischen Orientierung diskriminiert oder gar angegriffen werden.

Das heißt für DIE LINKE:

- Projekte, die der Interessenvertretung vor allem von Migrant*innen, Menschen mit Behinderungen oder Menschen in alternativen Lebensformen dienen, kontinuierlich zu fördern
- Initiativen und Netzwerke gegen Rechtsextremismus in der Stadt, insbesondere das Halle gegen

Rechts – Bündnis für Zivilcourage zu unterstützen

■ Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt zu üben

■ Beratungsstellen für Opfer von Diskriminierung und Gewalt zu fördern

■ Naziaufmärschen und anderen Wortergreifungsstrategien von Neonazis entschieden entgegenzutreten

■ immer wieder deutlich zu machen, dass weder das Haus der »Identitären Bewegung« in der Adam-Kuckhoff-Straße noch ähnliche rechte Schulungszentren in Halle willkommen sind und entsprechenden friedlichen Protest dagegen zu organisieren und zu unterstützen

■ die gewonnenen Kompetenzen im Rahmen des Bundesprogrammes der Lokalen Aktionspläne (LAP) zu verankern, die Arbeit des Begleitausschusses Hallianz für Vielfalt in der Stadt zu verstetigen und die Einrichtung einer Fachstelle für Präventionsarbeit in der Stadtverwaltung zu prüfen

■ stetig an Konzepten gegen Gewalt und Ausgrenzung an Schulen und an der Vernetzung einzelner Projekte mit Unterstützung der Stadtverwaltung zu arbeiten

■ antirassistische Standards im Sport, insbesondere im Kinder- und Jugendsport und im Bereich der Fankultur, zu etablieren

■ Projekte zur historischen und politischen Bildung zu fördern und zu qualifizieren

■ die Gleichsetzung der Verbrechen des Faschismus mit Unrecht und Menschenrechtsverletzungen nach 1945 abzulehnen aber gleichzeitig das in der DDR geschehene Unrecht kritisch aufzuarbeiten

■ alle antifaschistischen Gedenkstätten in Halle zu pflegen und zu erhalten und sich mit neofaschistischem Gedankengut und Geschichtsfälschungen offensiv auseinanderzusetzen

V. Halle – natürlich von den Menschen her denken

DIE LINKE will die Stadt gemeinsam mit allen Menschen gestalten. Deshalb wollen wir öffentliche Diskussionen zu den grundsätzlichen Fragen der Stadtentwicklung organisieren: Wie wollen wir leben – heute und in Zukunft? Was bedeutet für uns Lebensqualität und wie wollen wir unseren Stadtraum nutzen und gestalten?

Antworten auf diese Fragen entscheiden über die Richtung der weiteren Stadt-, Raum- und Verkehrsplanung in Halle. Wir sind dafür, Wege zu reduzieren, Energie, Ressourcen und Verkehrsflächen einzusparen und so lebendige Quartiere mit kurzen Wegen, Nahversorgung, Gewerbe, Kitas, Schulen und Parks zu erhalten und neu zu schaffen. Ein ökologischer Umgang mit der endlichen Ressource Stadtfläche ist dringend geboten. Dazu gehören auch die Gestaltungsaspekte des Verkehrsraumes.

Halle – die Gesamtstadt im Blick

Das heißt für DIE LINKE:

- eine nachhaltige, innovative, kompakte Stadtentwicklung zu fördern
- die Stärke von Halle – nämlich unterschiedliche Stadtquartiere mit

unterschiedlichen Wohnangeboten – zu erhalten

- Digitalisierung, Breitband- und Internetausbau in der Kommune voranzutreiben und freies W-LAN in der Stadt zu schaffen, bevorzugt auf öffentlichen Grillplätzen oder Wiesen

- Stadtentwicklung so zu betreiben, dass alle mit öffentlichen Geldern geförderten Gebäude und Anlagen soweit wie möglich barrierefrei gestaltet werden

- den oberen Boulevard – u.a. durch die Verzahnung mit Kunst und Kultur, Freizeitmöglichkeiten und Angeboten aus dem kreativen Bereich – zu beleben

- Heide-Nord mittelfristig ins Förderprogramm Soziale Stadt aufzunehmen, um Maßnahmen zu ermöglichen, die die dortige Lebensqualität deutlich steigern

- historisch bedeutsame, stadtbildprägende Gebäude: z.B. die Neue Residenz und den Kühler Brunnen zu sichern

- bei Neubauten Flächen mit vorhandener Infrastruktur (Strom, Wasser, Abwasser, Heizung, ÖPNV sowie Kita/Schule) vorrangig zu nutzen

■ dass die Erschließung wertvoller landwirtschaftlicher Böden und Flächen für Wohnungsneubau verhindert wird, d.h. kompakt wohnen, Flächen sparen und Verkehr vermeiden

■ dass lebendige Quartiere mit kurzen Wegen zu Nahversorgung und Gewerbe, Schulen und Parks etabliert werden

■ dass ausreichend Spielplätze in allen Stadtteilen vorhanden sind

■ dass flächendeckend Tempo 30 in Wohngebieten eingeführt wird

Halle – der öffentliche Raum gehört allen

Das heißt für DIE LINKE:

■ den menschlichen Maßstab bei der Stadtplanung zu beachten. Wir wollen Halle von den Plätzen aus denken, die Lebens- und Aufenthaltsorte der Menschen sind. Wohnen, Arbeit und Freizeit wollen wir nicht mehr getrennt sehen

■ dass Sicherheit, Komfort und Wohlfühlfaktor die Hauptkriterien der Stadtplanung sind, um die Aufenthaltsqualität öffentlicher Räume zu erhöhen

■ dass investorengetriebene Stadtentwicklung beendet wird (z.B. Riebeckplatz). Stattdessen setzen wir uns für mehr Bürgerbeteiligung bei wichtigen Stadtentwicklungsprojekten ein

■ dass mehr Qualität durch den Interessenausgleich verschiedener Akteure (Wohnen, Kultur, Erlebnis/ Freizeit, Verkehr, Gewerbe, Handel) erreicht wird

■ Planungs- und Städtebauwettbewerbe bei wichtigen architektonischen und städtebaulichen Aufgaben zu nutzen

■ Kunstwerke im öffentlichen Raum als identitätsstiftendes Element der Stadtgestaltung zu etablieren – überall, besonders in Stadtumbaugebieten

■ viele kleine Oasen in der Steinwüste Stadt zu schaffen: Bäume, Brunnen, Bänke, allgemein mehr (Spiel-)Plätze und mehr Wasserspender

■ Solarmodule auf und Begrünung an Wartehäuschen zu prüfen

■ öffentliche Räume durch mehr Grün generell aufzuwerten (Stadtklima)

■ darauf hinzuwirken, dass beispielsweise sexistische Werbung auf kommunalen Werbeflächen nicht stattfindet

Halle – Mobilität neu denken! Umweltverbund fördern!

Das heißt für DIE LINKE:

■ Mobilität nach ökologischen und sozialen Kriterien zu gestalten. Das

heißt, die Infrastruktur für den Umweltverbund auszubauen, den Kfz-Verkehr zu verlangsamen und umzuleiten und ein Leben ohne Auto zu ermöglichen

■ den Umweltverbund (ÖPNV, Radfahrer und Fußgänger) besonders und vorrangig in der Stadtentwicklungsplanung zu fördern

■ die Parkraumbewirtschaftungskonzepte mit dem Ziel zu überarbeiten, dass Straßen, Wege und ganze Stadtviertel mehr Aufenthaltsqualität bekommen, durch Steuerung und Reduzierung von (kostenlosen) Parkplätzen

■ mehr Tempo-30-Zonen und innovative Konzepte zur Verkehrsberuhigung für lebenswertere Quartiere umzusetzen

■ Platz zu schaffen für menschenfreundliche Mobilität, durch Reduzierung des Raums für Kraftfahrzeuge

■ dass Mittel sowohl bei Investitionen als auch bei der Unterhaltung von Straßen für den motorisierten Individualverkehr sinnvoll eingesetzt werden. Z.B. sollen Verkehrsanlagen und Straßen entsprechend zukünftiger Bedarfe geplant und ausgebaut werden, um Straßen nicht über zu dimensionieren und um Folgekosten zu sparen

■ eine autofreie Altstadt zu entwickeln. D.h. in der Altstadt sollen neben Anwohner*innen nur die Fahrzeuge fahren dürfen, die für die Sicherheit, Gesundheit und Versorgung erforderlich sind

■ Anwohnerparkregelungen zu ändern, um gleichberechtigt zum Auto Lastenräder auf gesonderten Flächen mit sicheren Abstellrichtungen abstellen zu können

■ Projekte für Lasten- und Fahrradverleihsysteme zu entwickeln und Fördermittel dafür abzuschöpfen

■ neue Lieferverkehre mit dem Lastenrad zu etablieren und Microdepots in Wohnortnähe zu unterstützen

■ City-Hubs als Kombination aus Microdepots und Fahrrad-Ladengeschäften zu fördern

■ Carsharing-Angebote weiter auszuweiten und die Koordination mit Fahrradausleihstationen und dem ÖPNV weiterzuentwickeln

■ ökologische Antriebe und E-Mobilität zu fördern – auch auf niedrigschwelligem Niveau (z.B. E-Lastenräder, Lieferfahrzeuge) – und ökologische Antriebsformen für öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen

■ den ÖPNV auszubauen und attraktiver zu gestalten durch

■ barrierefreie Straßenbahn- und Bushaltestellen

■ freies W-LAN an Haltestellen, in Straßenbahnen und Bussen

■ eine bessere Beleuchtung der Haltestellen, denn Fahrpläne müssen auch nachts lesbar sein

■ Haltestellen, die nicht nur vor Wind und Regen schützen

sondern auch Schatten
spenden

- angenehm temperierte Fahrzeuge zu jeder Jahreszeit
- gemeinsames Denken von Straßenbahn und Fahrrad (Multimodalität, Mobilitätsketten, Bike + Ride-Stationen)
- die Umsetzung eines bedarfsgerechten Nahverkehrs und die Anpassung der Taktfrequenz an die tatsächlichen Bedarfe
- die Prüfung und Errichtung weiterer Straßenbahntrassen, z.B. nach Heide-Nord, und eine langfristig bessere Anbindung von Lettin und Dölau
- mehr Grüngleise

■ die Finanzierung des ÖPNV ausreichend zu sichern

■ mittelfristig einen fahrscheinlosen, umlagefinanzierten Nahverkehr einzuführen. D.h., alle Hallenser*innen, aber auch lokale Unternehmen beteiligen sich an den Kosten des öffentlichen Nahverkehrs, wobei eine soziale Staffelung der Umlage erfolgen soll. Über die Einführung des fahrscheinlosen Nahverkehrs soll in einem Bürgerentscheid befunden werden

■ vorher ein Sozialticket zu einem Preis, der höchstens dem Regelsatz für Mobilität entspricht, einzuführen

■ kostenfreie Fahrten auf dem Innenstadtring zu etablieren bzw. diesen als eine Haltestelle zu werten

■ den freien ÖPNV für alle Schulkinder zu etablieren

■ den Mitteldeutschen Verkehrsverbund zu einem reinen Aufgabenträgerverbund umzustrukturieren, in dem die Interessen der Menschen stärker berücksichtigt werden, als die Interessen der Verkehrsunternehmen

■ weitere »Stromzapfsäulen« für den zu erwartenden Anstieg von E- und Hybridfahrzeugen einzurichten

Halle – Rad- und Fußverkehr fördern

Das heißt für DIE LINKE:

■ dem Fuß- und Radverkehr (Ziel: 20 Prozent Radverkehrsanteil) Vorrang zu gewähren und Autoverkehr zu vermeiden

■ Fahrradzählstellen zu bestimmen, um die Bedarfe im Verkehr zu ermitteln

■ entsprechend notwendige Mittel für den Ausbau und die Sanierung der Radverkehrsinfrastruktur bereitzustellen, die auch die Anforderungen der wachsenden Zahl an Elektrofahrrädern berücksichtigt

■ mehr und moderne Fahrradabstellanlagen und Lademöglichkeiten für Pedelecs zu errichten, die sicher, überdacht, beleuchtet und gut zugänglich sind, sowohl am Wohn- und Zielort als auch an den Übergängen zum ÖPNV

■ das Bike and Ride-System in Halle konsequent auszubauen

■ die Verkehrsbedingungen für Radfahrende in der Innenstadt zu verbessern und Konzepte hierfür zu erarbeiten

■ Fahrradstraßen einzurichten, die einen ungestörten Verkehrsfluss ermöglichen und Auto und Fahrrad – wo es geht – voneinander trennen

■ Kampagnen für ein positives Image der Nahmobilität zu initiieren, z.B. kommunale Rad-Aktionstage

■ bessere Bedingungen für den Fußverkehr zu schaffen durch

- höhere Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen
- die Umwidmung von Straßen zu Fußgängerzonen
- mehr verkehrsberuhigte Bereiche
- ausreichend finanzielle Mittel, um Fußwege zu sanieren
- gute und barrierefreie Nutzbarkeit der Fußwege
- entschärfte potenzielle Unfallstellen, um eine höhere Sicherheit für den Fuß-/Radverkehr gewährleisten
- sichere Schulwege, z.B. durch Fußgängerüberwege

VI. Gutes Wohnen, gutes Leben

Halle – eine Stadt bezahlbaren Wohnens

Auch in Halle werden Wohnungen trotz Leerstandes knapper. Kleine, zentral gelegene Wohnungen sind sowohl für junge Menschen als auch Senior*innen Mangelware geworden. Größere Wohnungen für Familien sind für viele kaum noch bezahlbar. Knappheit erzeugt auch den Preisanstieg am Wohnungsmarkt. Immer mehr Menschen mit geringem Einkommen wohnen in den Außenbezirken und werden dahin verdrängt, während sich die Innenstadt verteuert.

Diesen Entwicklungen müssen wir entgegenwirken. Einen ersten Schritt haben wir getan, indem wir ein gutes wohnungspolitisches Konzept im Jahr 2018 nach jahrelangem Kampf unserer Fraktion im Stadtrat beschlossen haben. Dies gilt es jetzt in allen Bereichen vollständig umzusetzen.

Bedarfsgerechten Wohnraum vorzuhalten, ist einer der wichtigsten Aspekte der Daseinsvorsorge. Deshalb darf dieser Bereich nicht allein dem Markt überlassen werden, sondern verlangt einen starken kommunalen und genossenschaftlichen Sektor. DIE LINKE setzt

sich dafür ein, dass die kommunalen Wohnungsunternehmen HWG und GWG nicht privatisiert werden.

Ebenso lehnen wir den Verkauf von Teilen des Wohnungsbestandes zur Haushaltskonsolidierung ab. Wir wollen, dass Wohnraum ausreichend und bezahlbar in allen Stadtteilen für alle Bevölkerungsgruppen zur Verfügung steht. Attraktive Stadtentwicklung heißt für uns, dass die soziale Entmischung in den Wohnvierteln (Gentrifizierung) gestoppt und langfristig überwunden wird.

Das heißt für DIE LINKE:

■ die kommunalen Wohnungsgesellschaften GWG und HWG zu unterstützen, u. a. bei der Gestaltung neuer Wohnformen und bei der Verwirklichung einer ausgewogenen Mischung aus Sozialwohnungen sowie Standard- und hochwertigen Wohnungen bei jedem Neubau- oder Sanierungsprojekt

■ das Engagement der GWG auch außerhalb der traditionellen Plattenbauten zu fördern. Bebauungen müssen sich dabei an das Umfeld anpassen

■ qualifizierte Mietspiegel und ergänzende Betriebskostenspiegel flächendeckend auf Grundlage aller Bestandsmieten zu erstellen

■ auf der Grundlage von qualifizierten Mietspiegeln Mietobergrenzen in Halle festzulegen

■ Einfluss auf kommunale Unternehmen auszuüben, um Mieterhöhungen

bei Neuvermietungen zu stoppen. Diese sind Motor des Mietpreisanstiegs

■ dem wachsenden Bedarf an barrierefreiem Wohnraum Rechnung zu tragen (seniorengerechter Wohnraum)

■ Barrierefreiheit sowie Kinder-, Familien- und Seniorenfreundlichkeit im Wohnumfeld durchgängig zu beachten und damit auch dem wachsenden Bedarf Rechnung zu tragen

■ alle Maßnahmen für eine sozial gerechte Wohnungsmarktentwicklung und eine gute soziale Durchmischung in den Wohnquartieren zu fördern

■ bezahlbare Wohnangebote für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen, indem:

- Wohneigentum besonders für Familien geschaffen wird
- bezahlbares Wohnen in der Innenstadt möglich ist
- Sozialer Wohnungsbau gefördert wird

■ preiswerten Wohnraum in allen Quartieren zu sichern

■ kommunale Wohnungsunternehmen zu entlasten, indem Transferzahlungen an die Stadt ausgesetzt werden. Unter der Bedingung, dass sozialer und klimagerechter Wohnungsbau und Wohnungssanierung betrieben werden

■ Grundstücksvergaben der Stadt möglichst nur über Erbbaupacht-

verträge mit zweckgebundener Bebauung zu realisieren

- Bauträgerfreie Grundstücke zu schaffen
- dass mit dem »Wirtschaftlichkeitsgrundsatz« der Stadt beim Verkauf von Flächen auf Teufel komm raus Schluss ist
- dass im Flächennutzungsplan Reserveflächen für Wohnungsbau erschlossen werden
- strategische Flächen für die Stadt zu sichern, um auf die städtische Entwicklung Einfluss zu nehmen, insbesondere vor dem Hintergrund des weiteren Bevölkerungszuwachses
- sozial motivierte, preiswerte und kooperative Wohnformen zu unterstützen, um Teile des Wohnungsmarktes aus der Spirale der Entmischung zu nehmen, z.B. Mini-Genossenschaften, die individuelles, innovatives und günstiges Wohnen ermöglichen
- Bauträger zu unterstützen, die mit verminderter Rendite agieren – durch Konzeptvergabe öffentlicher Grundstücke bzw. Grundstücke der kommunalen Wohnungsunternehmen

Halle – neues, klimagerechtes Wohnen wagen

Das heißt für DIE LINKE:

- mindestens ein innovatives

Umweltquartier als Neubau (z.B. Industriestraße) oder bei Bestandsanierung (z.B. Medizinerviertel) als Pilotsiedlung zu schaffen

- ein Pilotprojekt »autofreies« Viertel zu entwickeln. Das heißt, Wohnen ohne Auto zu ermöglichen, Parkhäuser in Randlagen zu errichten und eine vorbildliche Rad-, Fußweg- und ÖPNV-Anbindung zu realisieren
- die PKW-Stellplatzsatzung zu Gunsten von Fahr- und Lastenrädern, Elektromobilität, Car-Sharing und ÖPNV flexibel zu handhaben
- regenerative Energien beim Wohnungsbau, bei der Fassaden- und Dachbegrünung und beim Regenwassermanagement zu nutzen
- Brachflächen zu entsiegeln und zu begrünen und Ausgleichsmaßnahmen vor Ort durchzuführen
- die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum durch qualitätsvolle Nachverdichtung, Begrünung und Kunst besonders zu betonen
- multifunktionale Grün-, Erholungs- und Spielflächen einzurichten mit barrierefreiem und sicherem Zugang und in Kombination mit präventiven Gesundheits- und Sozialangeboten
- private Initiativen zur Realisierung von Klein- und Erholungsgärten, Urban Gardening, Pflanz- und Pflegeinitiativen zu unterstützen

■ »Straßenbegleitgrün« im Straßenraum durch Bäume und Kleingrünflächen verbindlich umzusetzen

■ ein quartierbezogenes Freiraumkonzept mit Bürgerbeteiligung zu erarbeiten und Biodiversität und verbindliche Regelungen in einer Freiflächengestaltungssatzung zu beachten

Halle – Natur und Stadt zusammen denken

Halle gehört zu den deutschen Großstädten mit dem höchsten Grünflächenanteil, aber auch mit einem hohen Grad an versiegelten Flächen. Mit der die Stadt durchziehenden Saaleaue, der Saale-Elster-Aue im Süden und den Porphyrkuppen im Norden verfügt Halle über Lebensräume mit hohem Naturschutzpotential.

Diese natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, Naturräume zu schützen und zu erweitern sowie eine nachhaltige, den Klimawandel berücksichtigende Lebens- und Wirtschaftsweise zu fördern, soll für die Stadtentwicklung Grundlage sein. Ein ökologischer Umgang mit der endlichen Ressource Stadtfläche ist notwendig.

Die Umweltbedingungen haben sich in Halle kontinuierlich verbessert. Der Kampf gegen Lärm und Feinstaub hat in den letzten Jahren einen höheren Stellenwert eingenommen, muss jedoch mit noch mehr Konse-

quenz geführt werden, um Gesundheit und Lebensqualität für uns alle dauerhaft zu sichern und zu verbessern. Das Jahr 2018 hat auch uns gezeigt, dass der Klimawandel die Stadt und Ihre Einwohner*innen beeinflusst. Wir müssen große Anstrengungen unternehmen, um die städtische Politik und Lebensweise dem Klimawandel noch stärker anzupassen.

Das heißt für DIE LINKE:

■ Klimaschutz als kommunale Querschnittsaufgabe zu betreiben

■ das städtische Dienstleistungszentrum Klimaschutz zu stärken

■ Maßnahmen gegen die Überhitzung der Stadt zu ergreifen, z.B. zusätzliche innerstädtische Grünflächen, Bäume, Gewässer, Dach- und Fassadenbegrünungen sowie ein funktionierendes Regen- und Grundwassermanagement

■ Frischluftschneisen im Stadtgebiet freizuhalten statt zuzubauen

■ Hitzeinseln in städtischen Quartieren zu vermeiden und aufzubrechen, indem Freiflächen und wohnortnahes Grün geschaffen und die Bodenversiegelung reduziert werden

■ in allen Bebauungsplanverfahren unnötige Flächenversiegelungen zu vermeiden, insbesondere bei der Freiflächengestaltung

■ die Stadt soll mit unserem Fluss leben. Das heißt,

- Wohnen am Fluss umweltverträglich zu gestalten und Natur- und Hochwasserschutz vorrangig zu beachten. Bei der Ausweisung weiterer Baugebiete soll die Dichte und Höhe der Bebauung zum Naturraum schrittweise reduziert und sanfte Übergänge vom Siedlungs- zum Naturraum etabliert werden
- Wege im Auenbereich naturnah zu gestalten
- selbstverantwortete Hochwasserereignisse zu vermeiden, indem Vorrang- und Vorhaltegebiete festgelegt werden und die Festsetzung von Überschwemmungsgebieten aktualisiert wird
- Vorgaben zur angepassten Flächennutzung zu machen, etwa hinsichtlich der Entfernung, Verlegung und/oder des Rückbaus von schutzbezogenen Objekten in hochwassergefährdeten Gebieten
- dass der Waldumbau in der Döläuer Heide vorangetrieben wird.
- dass Straßenbäume erhalten und angemessen gepflegt werden. Die Baumschutzsatzung ist unter Klimawandelaspekten zu aktualisieren.
- Friedhöfe als Orte des Gedenkens, der Ruhe und Erholung weiterzuentwickeln und zeitgemäße Bestattungsarten zu ermöglichen
- die Anzahl der Hundewiesen zu erhöhen
- Klein- und Erholungsgärten soweit wie möglich zu erhalten und weiterzuentwickeln
- die Tauben- und Katzenpopulation zu kontrollieren
- Tierheime besser finanziell auszustatten
- die Rattenplage in der Stadt stärker zu bekämpfen

■ alle Verkehrswirkungen wie Lärm und Abgase zu reduzieren, z.B. durch die Steuerung und Verstetigung des Verkehrs über die Europachaussee

■ eine kompakte Siedlungsstruktur zu erhalten, um Verkehrsemissionen zu vermeiden

■ den Grünflächenanteil in der Stadt zu erhalten und zu vergrößern

■ die Anbindung der Grün- und Landschaftsflächen und deren schnelle Erreichbarkeit aus allen Stadtteilen zu erhalten

Halle – Leben ohne Angst

Eine stabile Mischung von Wohnen, Arbeiten, Freizeitgestaltung und Nahversorgung gewährleistet lebendige Stadtteile, in denen nachbarschaftliche Fürsorge Schutz bietet. Deshalb wollen wir die entsprechende Mischnutzung in den Stadtteilen erhalten. Objektiv ist Halle eine sichere Stadt, dennoch nehmen wir das subjektive Sicherheitsempfinden und das Sicherheits-

bedürfnis der Bürger*innen sehr ernst. Effektive Sicherheitspolitik muss zuerst den Bereich der Prävention in den Blick nehmen und die Ursachen von Kriminalität bekämpfen.

Das heißt für DIE LINKE:

■ die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsempfinden zu verbessern

■ durch eine gezielte Stadtentwicklung das Sicherheitsgefühl zu stärken, etwa durch

- angstnehmende Beleuchtung öffentlicher Straßen, Plätze und Haltestellen
- die Vermeidung von funktionslosen städtischen Räumen und die Belebung von Plätzen und verwahrlosten Brachflächen
- den Verzicht auf verdeckte Zugänge, tote Winkel und Durchgänge, um die Einsehbarkeit zu sichern
- die Ablehnung sogenannter Gefahrengebiete, die einen Generalverdacht gegen Bürger*innen aussprechen, keinen Nutzen bringen und daher wenig zielführend sind
- ein stets aktuelles Sicherheitskonzept für die gesamte Stadt
- einen Katastrophenschutzplan, einschließlich Hochwasserschutz und ein dazu-gehöriges Einsatzkonzept aller Rettungs- und Sicherheitskräfte auf aktuellem Stand
- die Veröffentlichung von Verhaltensregeln (siehe Gefahrenabwehrverordnung

u. ä.) an entsprechenden Einrichtungen und Stellen in mehreren Sprachen

■ Die Zusammenarbeit von Ordnungsdienst und Polizei zu intensivieren durch

- gemeinsame Fußstreifen
- gemeinsame Bürgersprechstunden des Ordnungsamtes, der Polizei, der Quartiermanager und Streetworker vor Ort
- Regionalbereichsbeamte, die in ihrem Gebiet eng verwurzelt sind
- die enge Zusammenarbeit mit allen öffentlichen Einrichtungen
- eine Reaktivierung des Polizeibeirates

■ mehr Präsenz des städtischen Ordnungsdienstes im öffentlichen Raum

■ vielfältige Qualifizierungsmöglichkeiten für die Mitarbeiter*innen des Stadtordnungsdienstes

■ eine kritische Bestandsaufnahme der stationären Videoüberwachung im öffentlichen Raum

■ Schiedsstellen besser einzubeziehen und existierende Schiedsstellen aufzuwerten

■ den Präventionsrat als präventives Netzwerk zu stärken, u. a. indem ein Präventionskonzept erstellt und Konfliktmanagement gewährleistet wird

- frei zugängliche, legale Graffiti-Sprühflächen zu schaffen
- bürgerschaftliches Engagement und bürgerschaftliche Mitbestimmung zu fördern. Jedoch lehnen wir Bürgerwehren ab.
- zu prüfen, wie ein moderner Winterdienst auch umfangreich für Fahrradwege und Nebenstraße funktionieren kann
- Baustellen besser zu koordinieren und zu sichern
- Abfallbehälter in den Wohnvierteln und in besonders im Sommer hochfrequentierten Bereichen (z. B. Ziegelwiese, Peißnitz) verstärkt bereitzustellen
- alle zwölf Freiwilligen Feuerwehren, den Wasserrettungsdienst und das THW zu erhalten, zu modernisieren und zu unterstützen
- das neue DRK-Wasserrettungszentrum am Hufeisensee und die DLRG-Wasserrettungsstation am Holzplatz zu unterstützen

VII. Halle – für eine friedliche Stadt

Die Unterzeichnung des Washingtoner Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) durch Michael Gorbatschow und Ronald Reagan 1988 war ein Meilenstein internationaler Friedens- und Abrüstungspolitik. Die Vernichtung nuklearer Mittelstreckensysteme hat das Sicherheitsgefüge insbesondere in Europa nachhaltig verbessert. Der Ausstieg der USA und Russlands aus dem INF-Vertrag gefährdet dieses Sicherheitsgefüge schlagartig. Die internationalen Atomwissenschaftler haben die Atomkriegsuhr auf 2 Minuten vor 12 gestellt. Wir treten auf allen Ebenen für eine konsequente Friedens- und Abrüstungspolitik ein.

Das heißt für DIE LINKE:

- Städtepartnerschaften zu pflegen und auszubauen, damit Kontakte der Menschen in den Städten der Welt das Verständnis füreinander und Freundschaften miteinander fördern
- Friedensarbeit vor Ort zu pflegen und Initiativen wie den Friedenskreis zu unterstützen
- das Netzwerk Bürgermeister für den Frieden zu beleben und lokale politische Akteure einzubinden
- keine Werbung für Militär in unserer Stadt zuzulassen

Eintrittsformular

